

Felder in Mali: Noch ackern hier Kleinbauern, bald investiert vielleicht ein milliardenschwerer Agrarkonzern

YANN ARTHUS-BERTRAND / ALTITUDE

ERNÄHRUNG

Die große Jagd nach Land

Regierungen und Investmentfonds erwerben in Afrika und Asien Ackerland, um Nahrungsmittel anzubauen – ein lohnendes Geschäft, weil die Preise rasch steigen. Das Milliarden-Monopoly führt zu einem modernen Kolonialismus, dem sich viele arme Länder notgedrungen unterwerfen.

Jede Krise hat ihre Gewinner, und hier sitzen sie, im Marriott-Hotel, New York, Saal Stuyvesant. Die Fenster sind abgedunkelt, das Licht ist gedimmt. Die Männer kommen aus Iowa, São Paulo und Sydney, es sind Maisbauern, Großgrundbesitzer und Fondsmanager, sie haben 1995 Dollar bezahlt, um dabei zu sein bei der ersten Konferenz zum weltweiten Handel mit Ackerland: Global AgInvesting 2009.

Den ersten Vortrag hält ein Mann von der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Auf seinen Powerpoint-Charts zucken bunte Kurven auf und ab. Die einen knicken immer weiter nach unten weg, je

mehr sie sich dem Jahr 2050 nähern. Das ist das Ackerland, das durch Klimawandel, durch Verödung, Urbanisierung und Wassermangel verlorengeht. Die anderen Linien weisen steil nach oben. Das ist die Nachfrage nach Fleisch und Biosprit, der Preis für Nahrung, das Wachstum der Bevölkerung. Dazwischen klappt eine Lücke, und sie wird immer größer. Die Lücke, das ist der Hunger.

Im Jahr 2050 könnten, so die Prognosen, 9,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben, gut 2 Milliarden mehr als heute. Allein in den kommenden 20 Jahren dürfte der weltweite Bedarf an Nahrung um 50 Prozent steigen. „Das sind pessimistische Aus-

sichten“, sagt der OECD-Mann. Er sieht ernst aus und ein bisschen traurig, als er die Zukunft der Welt verkündet.

Aber für die Männer und auch ein paar Frauen im Saal Stuyvesant sind das gute Nachrichten, die Stimmung ist heiter, wie sollte es anders sein, denn der Hunger ist ihr Geschäft. Mehr Menschen, weniger Land, diese Kombination macht Nahrung zu einem sicheren Investment, mit jährlichen Renditen von 20 oder 30 Prozent, das ist selten geworden in diesen Tagen.

Dabei kommen diese Experten nicht von der Wall Street, sie schießen Geld nicht wie Billardkugeln über die Kontinente, im Gegenteil, sie legen es an, auf



Chinesischer Präsident Hu Jintao (M.)



Südsudan-Investor Heilberg (l.)



Saudischer König Abdullah (vorn, 3. v. r.)



Landfonds-Managerin Payne

Internationale Landerwerber: „Sucht euch aus und nehmt, was ihr wollt“

denkbar konservative Art: Sie kaufen oder pachten Land, auf dem Land bauen sie Weizen an, oder sie züchten Rinder. Doch Land ist knapp, in Europa, den USA, und es ist teuer. Neues Land muss erschlossen werden, und das gibt es nur noch in Afrika, Asien und Südamerika. Ein Milliarden-Monopoly hat daher begonnen: Fonds, Banken, Regierungen, sie alle liefern sich einen Wettlauf um den Zugang zu den Anbauflächen der Welt.

Susan Payne, eine rothaarige Britin, ist Geschäftsführerin des größten Landfonds im südlichen Afrika: 150 000 Hektar umfasst er bisher, hauptsächlich in Südafrika, Sambia und Mosambik, eine halbe Milliarde Euro insgesamt will sie von Investoren einsammeln. Payne redet vom Kampf ge-

gen den Hunger, aber ihre Powerpoint-Folien, verziert mit Fotos von Sojafeldern im Sonnenuntergang, tragen Überschriften wie: „Africa – the last frontier for finding alpha“. Alpha, das steht für eine Investition, deren Ertrag das Risiko übersteigt. Afrika ist Alpha-Land.

Denn Grund und Boden kostet wenig auf dem verarmten Kontinent, obwohl er in vielen Regionen so fruchtbar ist. 350 bis 500 Dollar zahlt der Landfonds für den Hektar in Sambia – in Argentinien oder den USA wäre für die gleiche Fläche mehr als das Zehnfache fällig. Der durchschnittliche Hektarertrag eines afrikanischen Kleinbauern ist seit 40 Jahren unverändert geblieben – ein bisschen Dünger, ein bisschen künstliche Bewässerung, und die Er-

träge könnten sich vervielfachen, und mit ihnen der Profit.

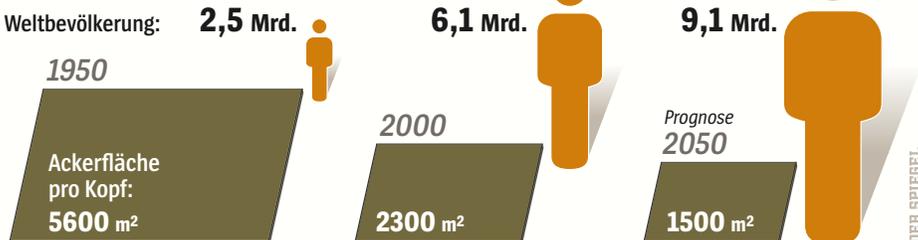
Perfekte Bedingungen für Investoren. So sieht es Susan Payne, so sehen es auch ihre Anleger. Gerade musste die Managerin einen neuen Subfonds auflegen, so groß war der Andrang.

Eine Menge Kapital ist derzeit frei. Es sucht nach einem Ort, an dem es sich vermehren kann, möglichst sicher diesmal, im Jahr zwei der Weltwirtschaftskrise. Deshalb sitzen im Publikum in New York nicht nur Hedgefonds-Chefs und Agro-Manager, sondern auch die Vertreter großer Pensionsfonds und die Finanzverwalter von fünf Universitäten, darunter Harvard.

Tausende kleine und große Investmentfonds kalkulieren neuerdings mit der einfachsten Formel der Welt: Der Mensch muss essen.

So hat der US-Vermögensverwalter BlackRock einen 200 Millionen Dollar schweren Landwirtschaftsfonds aufgelegt, davon 30 Millionen Dollar für den Erwerb von Ackerland. Der russische Investor Renaissance Capital erwarb über 100 000 Hektar in der Ukraine. Die Deutsche Bank und die US-Investmentbank Goldman Sachs brachten ihr Geld in Schweinezuchtbetrieben und Geflügelfarmen in China

Kostbarer Boden



unter, Rechtsansprüche auf Ackerland inbegriffen.

Nahrung wird zum neuen Öl. Die weltweiten Getreidereserven sanken Anfang 2008 auf einen historischen Tiefstand, und die folgende Preisexplosion war eine Zäsur wie die Ölkrise in den siebziger Jahren. Es kam zu Brotrevolten weltweit, 25 Länder drosselten die Ausfuhr von Grundnahrungsmitteln, darunter einige der größten Getreideexporteure.

Dann kam die zweite Krise des Jahres 2008, die Wirtschaftskrise. Es trafen sich die Angst vor dem Hunger und die Angst vor der Unsicherheit, und es begann das, was manche schon einen Kolonialismus der zweiten Generation nennen.

Neu an diesem Kolonialismus ist, dass die Länder sich freiwillig erobern lassen. Der äthiopische Premier sagte, seine Regierung „brenne darauf“, Hunderttausende Hektar Ackerland zur Verfügung zu stellen.

Den Investoren könnte damit gelingen, woran die Entwicklungshilfe in den vergangenen Jahrzehnten gescheitert ist: den Hunger zu verringern, unter dem eine Milliarde Menschen leiden, mehr als je zuvor. Profit für die Investoren, Entwicklung für die Armen, so kann es im besten Fall aussehen.

Aber nicht nur Banker und Spekulanten, sondern auch Regierungen erwerben Land im Ausland, um ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt und den Importen zu verringern. In China leben 20 Prozent der Weltbevölkerung, das Land besitzt aber lediglich 9 Prozent der weltweiten Agrarfläche. Japan ist der größte Maisimporteur der Welt, Südkorea der zweitgrößte. Die Golfstaaten führen 60 Prozent der Nahrung ein, ihre natürlichen Wasserreserven reichen noch für 30 Jahre Landwirtschaft.

Aber was passiert, wenn in einer globalisierten Welt wieder Kolonien entstehen? Wenn, zum Beispiel, Saudi-Arabien Teile

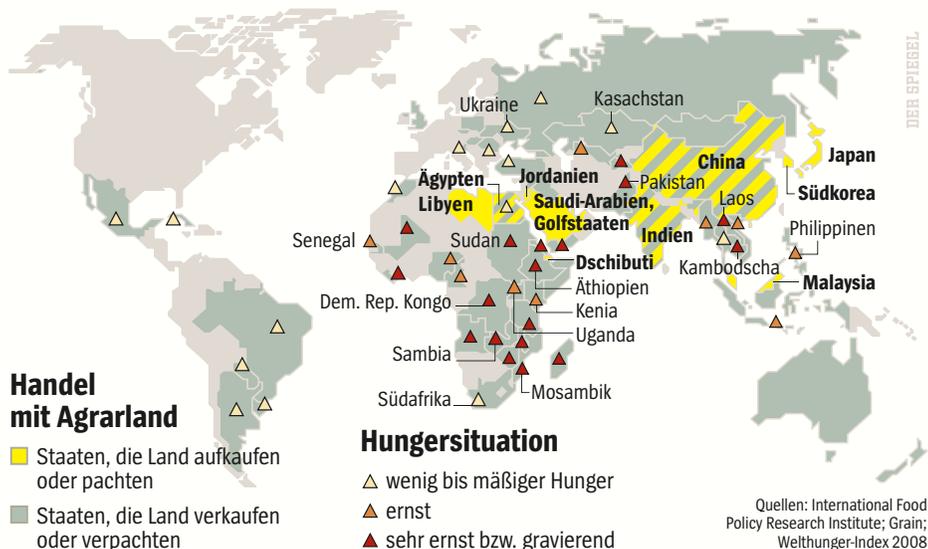
organisationen berufen sich auf Zeitungsberichte, und die Weltbank versucht jetzt, die Staaten zur Einsicht in die Verträge zu bewegen.

10 bis 30 Prozent des verfügbaren Ackerlandes könnten Teil solcher Verhandlungen sein, schätzt Klaus Deininger, Ökonom für Landpolitik bei der Weltbank, bisher sei jedoch nur ein Bruchteil der Verträge abgeschlossen. „2008 war ein Riesensprung. Da haben sich die Pläne und Anträge in vielen Ländern mehr als verdoppelt, oft verdreifacht.“ In Mosambik übersteige die ausländische Nachfrage das kultivierte Ackerland um das Doppelte; vier Millionen Hektar habe die Regierung an Investoren vergeben, die Hälfte davon aus dem Ausland.

Die spektakulärsten Deals aber machen nicht die Privaten, sondern Regierungen und von ihnen geförderte Fonds und Firmenkonglomerate:



Kenianischer Bauer Erastas: Über Nacht einen Markierungspfosten auf dem Grundstück



Der türkische Landwirtschaftsminister verkündete: „Sucht euch aus und nehmt, was ihr wollt.“ Die pakistanische Regierung organisierte mitten im Anti-Taliban-Kampf eine Roadshow in Dubai, bei der sie die Scheichs umwarb, mit Steuerbefreiungen und Ausnahmen vom Arbeitsrecht.

Zwei Hoffnungen sind damit verbunden, die kleine und die große. Die Hoffnung der armen Staaten auf Entwicklung und Modernisierung ihrer maroden Landwirtschaft. Und die Hoffnung der Welt, dass die ausländischen Investoren in Afrika und Asien genug Nahrung produzieren könnten für die bald 9,1 Milliarden Menschen. Dass sie Technik, Kapital und Wissen mitbringen, modernes Saatgut und Dünger, all das, was bisher fehlte. Und dass sie damit die Erträge nicht nur verdoppeln, sondern vielerorts in Afrika sogar verzehnfachen könnten. Bisher hieß es, dass die Produktionskapazität im Jahr 2080 drei bis vier Prozent geringer sein wird als zur Jahrtausendwende.

des pakistanischen Punjab erwirbt oder russische Investoren die halbe Ukraine aufkaufen? Und was geschieht, wenn es in diesen Ländern zu einer Hungersnot kommt? Werden die reichen Ausländer dann Elektrozäune um ihre Felder ziehen und Bewaffnete die Ernte außer Landes transportieren? Pakistan hat bereits angekündigt, 100 000 Sicherheitskräfte zum Schutz der fremden Felder zu schicken.

Die Landnahme der Moderne ist politisch heikel, daher kennt oft nur der Staatschef persönlich die Details. Wenn nicht geringe Provinzgouverneure schon auf eigene Kosten das Land meistbietend verschachert haben – so wie in Laos oder Kambodscha, wo selbst die Regierung nicht mehr weiß, wie viel vom eigenen Staatsgebiet ihr noch gehört.

Um wie viel Land es insgesamt geht, weiß niemand genau. 30 Millionen Hektar, diese Zahl nennt das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik; aber zu überprüfen ist sie nicht. Selbst Uno-Or-

- ▶ 1,5 Millionen Hektar bestes Farmland hat die sudanesishe Regierung für 99 Jahre den Golfstaaten, Ägypten und Südkorea überlassen. Das Paradoxe daran: Der Sudan ist der größte Hilfeempfänger der Welt, 5,6 Millionen Menschen hängen von Nahrungslieferungen ab.
- ▶ Kuwait hat 130 000 Hektar Reisfelder in Kambodscha gepachtet.
- ▶ Ägypten will auf 840 000 Hektar in Uganda Weizen und Mais anbauen.
- ▶ Zehn Millionen Hektar hat der Präsident der Demokratischen Republik Kongo den Südafrikanern zur Pacht angeboten.
- ▶ Pakistan will den Golfstaaten eine Million Hektar Ackerland zur Verfügung stellen, die Philippinen locken mit über 1,2 Millionen.

Saudi-Arabien ist einer der größten und offensivsten Landaufkäufer. Im Frühjahr hat der König die erste Export-Reisernte feierlich entgegengenommen, im hungergeplagten Äthiopien eigens für das König-

reich produziert. Mit 800 Millionen Dollar fördert es Firmen, die im Ausland „strategische Feldfrüchte“ wie Reis, Weizen, Gerste oder Mais anpflanzen und in die Heimat exportieren – dabei war Saudi-Arabien noch in den neunziger Jahren der sechstgrößte Weizenexporteur der Welt. Doch Wasser ist knapp, der Wüstenstaat will seine Reserven schonen. Wer Nahrungsmittel exportiert, exportiert vor allem Wasser.

Reiche Staaten tauschen Geld, Öl und Infrastruktur gegen Nahrung, Wasser und Viehfutter. Auf den ersten Blick klinge das wie eine Lösung aller Probleme, sagt Jean-Philippe Audinet vom Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (Ifad). Er sei grundsätzlich froh über die Agrarinvestitionen, jahrelang habe er für sie gekämpft. „Was schlecht war, das waren die Zeiten, als die Märkte mit billigen Lebensmitteln geflutet wurden.“

Gebiet sowie Kaufpreis oder Pacht, aber keine Umweltstandards. Auch fehle es an den nötigen Investitionsvorgaben und der Verpflichtung, Arbeitsplätze zu schaffen.

Manche versprechen, Schulen zu bauen oder Straßen zu asphaltieren, aber selbst wenn sich der Investor daran hält, ist der Gewinn für den Staat und die lokalen Bauern oft nur kurzfristig. Weil Böden überdüngt und Wälder abgeholzt werden, weil Wasser verbraucht wird, die ökologische Vielfalt leidet und lokale Sorten verlorengehen. Denn die von den ausländischen Großgrundbesitzern betriebene Landwirtschaft ist industriell angelegt, anders lassen sich die Ernten nicht steigern, um jährliche Renditen von 20 Prozent und mehr zu bringen. Und ist das Land nach ein paar Jahren ausgelaugt, ziehen viele der Investoren weiter – so billig sind Pacht oder Kauf, dass sie auf nachhaltige, schonende Nutzung keinen Wert legen müssen.

ner Hungersnot den Export von Getreide erlaubt. Weil er von Korruption zerfressen oder hoch verschuldet ist, weil er von einem Diktator regiert wird, unter einem Bürgerkrieg leidet oder Millionen Arbeiter ins Ausland entsendet und abhängig davon ist, dass sie Visa und Jobs bekommen.

Heilberg hat einen solchen Staat gefunden: den Südsudan. Ein Prä-Staat eher, autonom, aber nicht unabhängig. So ist der Amerikaner, 44 Jahre alt, Sohn eines Kaffeehändlers, Gründer der Investmentfirma Jarch Capital, nun der größte Landpächter im Südsudan. 400 000 Hektar, in Mayom County, bestes Ackerland.

Südsudan, das klingt nach Bürgerkrieg, Flüchtlingen und Hungersnöten, nicht nach einem Land, in dem man Tomaten anbauen möchte. Aber Heilberg schwärmt, sein Projekt werde den Menschen mehr nutzen als die Uno, er schaffe Jobs und Nahrung. Und Paulino Matip, der ihm das Land für 50 Jahre verpachtet hat, möge man bitte nicht „Warlord“ nennen, sondern „Ex-Warlord“ oder „Vize-Armeechef“. Dass die von Matip angeführten Rebellen Kriegsverbrechen begangen haben sollen, erwähnt er nicht.

Anstatt mit Aktien spekuliert der Ex-Banker jetzt auf die politische Zukunft des Südsudan, der sei in zehn Jahren ein eigenständiger Staat, und das Land werde dann teurer sein als heute, viel teurer.

Im Westen Kenias ist die Landnahme schon einen Schritt weiter. Dort lebt Erastas Dildo, 33, und er ist das, was die New Yorker Investoren wohl als Risikofaktor bezeichnen würden: ein Kleinbauer, dem drei Hektar Land gehören. Fruchtbare Land ist es, der Mais wächst knallgrün und zwei Meter hoch, die Rinder sind fett wie Flusspferde, und die Tomatenpflanzen biegen sich unter ihrer Last. Der Yala fließt nicht weit entfernt vorbei, bevor er in den Victoriasee mündet. Drei gemauerte Häuschen stehen auf dem Grundstück. Den Mais erntet Erastas zweimal pro Jahr, Gemüse und Tomaten wachsen ganzjährig. 3600 Euro bringt ihm ein Hektar Mais pro Jahr, für kenianische Verhältnisse viel Geld. So war es bisher.

Doch nun hat sich Dominion Farms bei Erastas gemeldet, ein Agrarunternehmen aus den USA, das im Yala-Delta eine Kolonie gegründet hat, 3600 Hektar Land, gepachtet für 45 Jahre, für lächerliche 12 000 Euro im Jahr. Auf den Flächen sollen Reis, Gemüse und Mais wachsen. Und Dominion hätte gern auch die drei Hektar von Erastas Dildo dazu.

Rund zehn Cent haben die Dominion-Abgesandten ihm pro Quadratmeter als Entschädigung angeboten. Erastas hat abgelehnt, und jetzt machen sie ihm das Leben schwer. Ihre schärfste Waffe ist das Stauwehr, das sie gebaut haben. Als Erastas im vergangenen Jahr seinen Mais ernten wollte, stand der unter Wasser. „Die spielen mit dem Wasserspiegel, um uns loszu-



Brotausgabe in Ägypten: Der weltweite Bedarf steigt um 50 Prozent

Doch viele der Staaten, in denen Land aufgekauft wird, leiden unter Wassermangel, Kasachstan etwa oder Pakistan. Afrika südlich der Sahara hat ausreichend natürliche Wasserreserven, dafür erwirtschaftet bisher einzig Südafrika einen Nahrungsüberschuss. Die meisten Länder sind dagegen Importeure, mit steigender Tendenz, da ihre Bevölkerung rasant wächst. Ob sie wirklich wichtige Lieferanten von Nahrungsmitteln werden können?

Audinet, der Ifad-Experte, kennt die Risiken. „Die Art, in der diese Verträge gemacht werden, kann sowohl dem Staat als auch den Bauern langfristig schaden – und sie des Wichtigsten berauben, das sie haben: Land.“ Auch Olivier De Schutter, Uno-Sonderbeauftragter für das Recht auf Nahrung, warnt: „Da die Staaten in Afrika miteinander um Investoren konkurrieren, unterbieten sie sich gegenseitig.“ Manche Verträge seien gerade mal drei Seiten lang – für Hunderttausende Hektar Land. Festgelegt werden nur die Anbauprodukte, das

Wie fast alle Experten plädieren Audinet und De Schutter daher für Vertragslandwirtschaft statt Landkauf: Die Ausländer stellen Technik und Kapital, die Bauern sind Eigentümer oder Pächter des Landes und liefern Reis oder Weizen zum Festpreis. Das ist das klassische Modell, vielfach erprobt, aber das reicht den neuen Investoren nicht; es geht ihnen auch um Kontrolle, um Besitz, um hohe Renditen, vor allem aber um Sicherheit. Mit den Interessen Tausender Kleinbauern ist das nur selten vereinbar.

Senegal hat sich für Vertragslandwirtschaft und gegen großflächige Landverkäufe entschieden, aber Senegal ist eben auch ein stabiler Staat, eine Demokratie. Auf viele Staaten, in denen die Landnahme stattfindet, trifft das nicht zu.

„Wenn Nahrung knapp wird, dann braucht der Investor einen schwachen Staat, der ihm keine Regeln aufzwingt“, sagt Philippe Heilberg, ein amerikanischer Unternehmer. Einen Staat, der trotz eige-

werden“, sagt er. Wenn das nicht reiche, sagt Erastas, schicke Dominion Bulldozer, Schlägertrupp und manchmal die Polizei.

Dabei hatte Dominion vertraglich die Sanierung von „mindestens einer Schule und einer Krankeneinrichtung“ in jedem der beiden Bezirke versprochen. „Stattdessen haben sie 400 Familien vertrieben“, sagt Gondi Olima von den „Freunden des Yala-Feuchtgebiets“. Anfangs seien noch Arbeitsplätze entstanden, Tagelöhner rodeten mit Macheten das Gelände, aber bald wurde der Gerätepark immer größer. „Inzwischen haben sie so viele Maschinen, da sind Arbeitskräfte überflüssig“, sagt Olima. Dominion Farms bestreitet die Vorwürfe der Bauern und weist darauf hin, dass man acht Klassenräume gebaut, Torpfosten spendiert und an 16 Kinder Schulstipendien vergeben, eine Krankenstation mit Betten und Elektrizität ausgerüstet habe.

Bald wird Erastas mit seiner Familie vielleicht weichen müssen, wie es an so vielen Orten derzeit passiert. In Afrika gibt es nur für zwei bis zehn Prozent des Landes formale Besitz- und Pachttitel, und das meist in Städten, schätzt die Weltbank. Eine Familie mag seit Jahrzehnten ein Stück Land bewohnen oder besitzen, aber belegen kann sie das oft nicht.

Ungenutzt ist das Land jedenfalls fast nie. Vor allem die Armen leben von ihm, sie sammeln Früchte, Kräuter oder Brennholz, lassen ihr Vieh grasen. Mit der Rede vom „brachliegenden Land“ werde vielfach die Übernahme gerechtfertigt, heißt es in einer gemeinsamen Studie verschiedener Uno-Organisationen. Die Landnahme habe daher das Potential, in großem Stil Bauern zu enteignen. Denn in vielen Ländern mag genug Ackerfläche für alle da sein, aber sie ist nicht überall gleich gut – und die Investoren wollen das beste Land. Das Land, auf dem meist Bauern leben.

So kann der großflächige Landaufkauf auch zum Desaster werden, denn mehr als 50 Prozent der Afrikaner sind Kleinbauern. Wer sein Feld verliert, verliert alles. Dass die Großinvestoren mit moderner Agrartechnik viel größere Ernten einfahren, hilft da nicht: Die arbeits- und landlosen Afrikaner werden sich ihr Getreide nicht leisten können.

Die Weltbank und andere bereiten jetzt einen Verhaltenskodex für Investoren vor. Eigentlich war für den G-8-Gipfel im Juli in L'Aquila eine Absichtserklärung geplant, aber die Staatschefs konnten sich nicht auf verbindliche Standards einigen.

Die Jagd geht daher weiter. Dominion hat sich noch mal 3200 Hektar gesichert. Philippe Heilberg ist gerade dabei, im Südsudan zusätzliche 600 000 Hektar zu pachten. Und in New York, Saal Stuyvesant, verkündet einer der Redner, wie die Menschheit wächst: um 154 Menschen pro Minute, 9240 pro Stunde, 221 760 pro Tag. Und alle wollen essen.

HORAND KNAUP,
JULIANE VON MITTELSTAEDT



Präsident Obama, Krankenversorgung durch Freiwillige einer karitativen Einrichtung in Knoxville,

USA

Die Jahrhundert-Reform

Barack Obama will das Gesundheitssystem modernisieren. 1000 Milliarden Dollar soll sein ehrgeiziges Projekt kosten – viel zu viel, meinen auch Demokraten. Scheitert er, wie Clinton vor ihm?

Wenn er in Bedrängnis gerät, dann wendet sich Barack Obama stets an seine engsten Verbündeten, die amerikanischen Bürger. Am vergangenen Mittwoch war es wieder so weit.

Der Präsident hatte rund 200 Journalisten ins Weiße Haus geladen, aber die waren nur Statisten. In Wahrheit sprach er über ihre Köpfe hinweg zu den Amerikanern vor den Fernsehschirmen.

Es sei so leicht, in Washington dem politischen Spiel zu verfallen, wer gerade oben sei, wer unten, erzählte er den Zuschauern. Es sei ihm nicht entgangen, dass ein Republikaner geraten habe, man solle die Gesundheitsreform „schnell töten“, während ein anderer Republikaner empfohlen habe, dem Präsidenten „das Genick zu brechen“.

Bürger-Präsident Obama schaute seinem Volk fest in die Augen. Es gehe hier nicht um ihn, sagte er: „Diese Debatte ist kein Spiel für all die Amerikaner, die sich keine Krankenversicherung leisten können. Sie warten auf unsere Führung. Wir dürfen sie nicht alleinlassen.“

Im Urland des Kapitalismus ringt der Präsident um mehr Solidarität. Amerika soll weniger amerikanisch werden, denn

bisher gilt Krankheit als Privatsache, was zur Folge hat, dass 47 Millionen Menschen ohne Versicherungsschutz leben.

Tag für Tag kommen in Zeiten der Wirtschaftskrise weitere 14 000 Menschen hinzu, die mit dem Arbeitsplatz auch ihre Versicherungspolice verlieren. Jahr für Jahr sterben Tausende, weil ihnen das Nötigste verweigert wird, stellt die Weltgesundheitsorganisation fest. Für die Supermacht Amerika, die sich der Welt als Vorbild empfiehlt, ein Armutszeugnis.

Das politische Washington vibriert, seit der Präsident eine Frist für das Gelingen seiner Gesundheitsreform gesetzt hat. In diesem Jahr noch soll es passieren. Selbsthilfegruppen und Aktivistenverbände kaufen Plakatwände, um den Abgeordneten auf dem Weg zum Kongress ins Gewissen zu reden. In der ältesten Baptistengemeinde im Stadtteil Georgetown wurde sogar für das Gelingen der Reform gepredigt: „Es ist Zeit, Amerika, dass du dich um die Armen und Kranken kümmerst“, sagte die Pfarrerin. Es folgte kein Amen, sondern spontaner Applaus der Gläubigen.

Auch Präsidentengattin Michelle Obama gibt ihre politische Zurückhaltung auf.